



Presseerklärung des Sicherheitsrats zu Kolumbien

NEW YORK, 14. Oktober 2022 – Die Mitglieder des Sicherheitsrats bekräftigten ihre volle und einstimmige Unterstützung für den Friedensprozess in Kolumbien. Sie unterstrichen, wie wichtig es ist, für eine umfassende Durchführung des Endgültigen Friedensabkommens zu sorgen.

Die Mitglieder des Sicherheitsrats begrüßten es, dass sich Präsident Gustavo Petro in seiner Amtsantrittsrede am 7. August zum Frieden und zur umfassenden Durchführung des Endgültigen Friedensabkommens bekannt hat. Sie nahmen Kenntnis von der Unterrichtung des Rates durch Außenminister Leyva über die Pläne des Präsidenten Petro für die Durchführung des Endgültigen Friedensabkommens und seine Politik des „Totalen Friedens“.

Sie begrüßten die Zusage von Präsident Petro, durch Dialog einen umfassenderen Frieden anzustreben. In dieser Hinsicht lobten sie die Ankündigung vom 4. Oktober über eine baldige Wiederaufnahme der Gespräche zwischen der Regierung und der Armee der nationalen Befreiung und brachten wie auch der Generalsekretär die Hoffnung zum Ausdruck, dass die Kolumbianerinnen und Kolumbianer einmal mehr beweisen können, dass selbst die verfahrensten Konflikte durch Dialog beigelegt werden können.

Die Mitglieder des Sicherheitsrats begrüßten, dass die Konsolidierung des Friedens wieder an Dynamik gewonnen hat, unter anderem durch den konstruktiven Dialog, den die Parteien auf der Sitzung der Kommission für die Weiterverfolgung, Förderung und Verifikation der Durchführung des Endgültigen Abkommens, dem Hauptforum für Dialog zwischen den Parteien über die Durchführung des Endgültigen Friedensabkommens, und auf der Sitzung der Nationalen Kommission für Sicherheitsgarantien am 2. Oktober führten. Sie begrüßten die dringenden Maßnahmen im Hinblick auf den „Notfallplan für den Schutz der Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger und ehemaliger Kombattanten“ und die Vereinbarung, Gründe zu erwerben und unter Kleinbäuerinnen und -bauern aufzuteilen, wie im Endgültigen Friedensabkommen vorgesehen.

Die Mitglieder des Sicherheitsrats begrüßten den Beginn der Amtsperiode der Kongressabgeordneten aus den speziellen Übergangswahlbezirken in vom Konflikt betroffenen Gebieten, den höchsten Anteil weiblicher Abgeordneter in der Geschichte Kolumbiens sowie die Wahl von Francia Márquez zur Vizepräsidentin.

Sie erkannten an, dass erhebliche Herausforderungen, darunter die Unsicherheit, die Wiedereingliederung nach wie vor gefährden. Sie würdigten die Verpflichtungen der Regierung im Bereich der Landreform und betonten, dass nach wie vor bestehende Probleme, unter anderem im Hinblick auf den Zugang zu Grund und Boden und Wohnraum, Bildung, Beschäftigungschancen und die Sicherheit ehemaliger Kombattanten, angegangen werden müssen. Sie brachten erneut ihre Besorgnis darüber zum Ausdruck, dass Gewalt nach wie vor tiefgreifende Auswirkungen auf Gemeinschaften, für soziale Belange eintretende führende Persönlichkeiten und ehemalige Kombattanten hat, wobei Frauen und Angehörige indigener und afro-kolumbianischer Gemeinschaften unverhältnismäßig stark betroffen sind. Sie bekräftigten, dass die Umsetzung der im Endgültigen Friedensabkommen enthaltenen Bestimmungen zu den ethnischen und geschlechtsspezifischen Fragen beschleunigt werden muss. Sie betonten, dass die integrierte Präsenz des Staates in den vom Konflikt betroffenen Gebieten verstärkt werden muss, und forderten die weitere Umsetzung des Aktionsplans des Umfassenden Programms für Garantien für Frauen in Führungspositionen und Menschenrechtsverteidigerinnen.

22-23415 (G)



Sie erkannten an, wie wichtig es ist, im Nationalhaushalt für das Jahr 2023 die für die Förderung der Umsetzung des Friedens erforderlichen Mittel zu sichern.

Die Mitglieder des Sicherheitsrats bekräftigten ihre Unterstützung für die drei Bestandteile des Umfassenden Systems für Wahrheit, Gerechtigkeit, Wiedergutmachung und Nichtwiederholung. Sie begrüßten die Fortschritte, die das Sondergericht für den Frieden erzielt hat, unter anderem bei der Einleitung von drei neuen Verfahren wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die den ehemaligen Revolutionären Streitkräften Kolumbiens – Volksarmee (FARC-EP) zur Last gelegt und derzeit noch nicht im Rahmen anderer Verfahren untersucht werden, wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die öffentliche Sicherheitskräfte und andere staatliche Akteure gemeinsam mit paramilitärischen Gruppen und Dritten begangen haben sollen, und wegen Verbrechen gegen Volksgruppen und ihre Gebiete. Sie nahmen Kenntnis von der Absicht, ein neues Verfahren wegen Verbrechen im Zusammenhang mit geschlechtsspezifischer und sexueller Gewalt einzuleiten.

Die Mitglieder des Sicherheitsrats bekräftigten ihre Entschlossenheit, zur Unterstützung der umfassenden Durchführung des Endgültigen Friedensabkommens eng mit Kolumbien zusammenzuarbeiten, und begrüßten die von beiden Parteien zu diesem Zweck abgegebenen Zusagen. Sie unterstützten mit Nachdruck die ergänzenden Anstrengungen der Verifikationsmission der Vereinten Nationen in Abstimmung mit dem Landesteam der Vereinten Nationen.
